



Kiel, 28. September 2017  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzbericht

über die 11. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, 27. September 2017, 14 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Bericht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration über Konsequenzen und Veränderungen in der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei (PD AFB) Eutin aufgrund der sogenannten "WhatsApp-Affäre"**

Der Ausschuss nahm den Bericht des Innenministeriums entgegen, an den sich eine Aussprache anschloss. Das Ministerium sicherte zu, den Ausschuss über den Anteil der Anwärter mit Migrationshintergrund sowie über den Frauenanteil zu informieren.

2. **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung**  
Schreiben von Staatssekretär Geerds  
[Umdruck 19/126](#)

Einstimmig fasste der Ausschuss die sechs in [Umdruck 19/126](#) aufgeführten Beschlüsse über die Modalitäten der Aktenvorlage. Ausschuss und Ministerium kamen überein, dass die Akten zunächst für acht Wochen zur Einsichtnahme im Landeshaus bereitstehen.

3. **Bericht des Ministeriums zu Presseberichten über eine Bedrohung von Flüchtlingen in Elmshorn durch mutmaßliche AfD-Anhänger am 25.09.2017 in den „Elmshorner Nachrichten“ vom 26. September 2017**  
Antrag des Abg. Dr. Dolgner (SPD)  
[Umdruck 19/138](#)

Der Ausschuss nahm den Bericht des Innenministers entgegen. An den Bericht schloss sich eine kurze Aussprache an.

**4. Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 7. Mai 2017 - Wahlprüfung**

Schreiben des Landeswahlleiters vom 17. August 2017

[Umdruck 19/73](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, die Einsprüche zurückzuweisen und das vom Landeswahlausschuss festgestellte und vom Landeswahlleiter bekanntgegebene Ergebnis der Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag vom 7. Mai 2017 zu bestätigen, [Umdruck 19/131](#).

**5. Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/24](#)

Der Ausschuss kam überein, in einer mündlichen Anhörung die drei bereits im schriftlichen Anhörungsverfahren benannten Anzuhörenden sowie den Landesjugendring anzuhören.

**6. Landesstiftung Opferschutz Schleswig-Holstein**

hier: Vorschlag der Kuratoriumsmitglieder gemäß § 6 Absatz 2 Satz 1 der Stiftungssatzung

Schreiben der Landesstiftung Opferschutz vom 5. September 2017

[Umdruck 19/124](#)

Einstimmig schlug der Ausschuss die Abgeordneten Claussen, Peters und Wagner-Bockey als Kuratoriumsmitglieder der Landesstiftung vor.

**7. Änderung des Aufenthaltszwecks für gut integrierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber ermöglichen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/154](#)

**Einwanderungsgesetz des Bundes vorantreiben**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/206](#)

Der Ausschuss kam überein, in einer seiner nächsten Sitzungen die Anträge mit einem Vertreter des Innenministeriums zu beraten.

**8. a) Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/150](#)

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Beiträgen gem. § 8 Abs. 1 KAG**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/159](#)

Der Ausschuss kam überein, eine schriftliche Anhörung zu den Vorlagen durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 11. Oktober 2017 zu benennen, die Frist für Stellungnahmen soll vier Wochen betragen.

- 9. Verfassungsbeschwerden gegen § 2 Absatz 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages (Az. 1 BvR 1675/16, 1 BvR 745/17, 1 BvR 981/17, 1 BvR 836/17)**  
Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts  
[Umdruck 19/133](#)

Der Ausschuss kam einstimmig überein, in den genannten Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

- 10. Verschiedenes**  
Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 16:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder